

Das Wochenmagazin der SPÖ

www.spoe.at



Aktuelle

5. Februar 2010 · Nr. 4 · 9,-

Gastkommentar von AHS-Direktorin
Eva Mersits über die Ganztagschule

Gesund essen – besser leben

Gesundheitsminister Alois Stöger startet
„Nationalen Aktionsplan Ernährung“

Am 4. Februar 2000 wurde die schwarz-blaue Regierung angelobt, die von der ÖVP immer noch verklärt wird. Die Rechnung für dieses politische Experiment zahlen wir noch heute – die politische Moral betreffend, die Misswirtschaft mit den Staatsfinanzen, und die sozial- und bildungspolitischen Rückschläge aufgrund empfindlicher Kürzungen. Zu nennen sind hier etwa die Pensionsreform, das Streichen von AMS-Mitteln, die Einführung der Studiengebühren, die PISA-Misere, der Ankauf der Euro-Fighter, aber auch das Kranksparen bei der Exekutive, wo 3.000 Planposten abgebaut wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt im „SPÖ Aktuell“ widmet sich der Gesundheitspolitik. Ein Großteil der Erkrankungen ist heutzutage auf die falsche Ernährung zurückzuführen. Ein „Nationaler Aktionsplan Ernährung“ soll dem entgegenwirken.

Den gewohnten Kommentar von SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas wird man leider – urlaubsbedingt – in dieser Ausgabe nicht finden.

Eure Redaktion

Highlights der Woche

Gesunde Ernährung	3
Schwarz-Blau	4
Buwog	6
Kindergeld und Papa-Förderung	8
Interview mit Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier	8
Gastkommentar von AHS-Direktorin Eva Mersits zur Ganztagschule	14

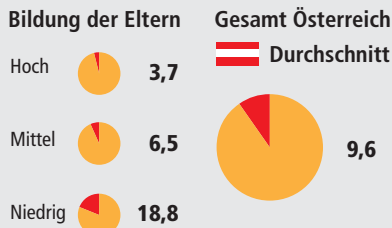
Hilfe für Gewaltopfer via Internet

Übers Internet und verschlüsselte Datensysteme können sich Gewaltopfer nun sicher und anonym beraten lassen – österreichweit, kostenlos und schnell.

Gerade für Gewaltopfer ist die Onlineberatung eine gute, anonyme Form der Hilfe. „Die Hemmschwelle, ein Mail zu schreiben ist noch geringer als zum Telefon zu greifen oder eine Beratungsstelle aufzusuchen“, erklärt Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek. Das Besondere ist, dass Frauen keine Mailadresse angeben müssen und die Datenübermittlung verschlüsselt erfolgt. „Diese Sicherheit ist gerade für Gewalt-

Bildung wird vererbt

Anteil der 18- bis 24-Jährigen mit maximal Pflichtschulabschluss - in Prozent



Quelle: APA/Bildungsbericht | Grafik: SPÖ

Mit Neuer Mittelschule gegensteuern

Die Neue Mittelschule (NMS) muss ausgebaut werden – das muss auch die ÖVP endlich einsehen. Denn die Zahlen des Instituts für Höhere Studien (IHS) belegen klar und deutlich: Vor allem Kinder von Eltern mit niedriger Bildung haben maximal einen Pflichtschulabschluss und fallen in Österreich frühzeitig aus dem Bildungssystem. Ein Grund dafür sind zu frühe Bildungs- weg-Entscheidungen.



Pertramer

SPÖ-Nationalratspräsidentin Barbara Prammer

SPÖ-Nationalratspräsidentin Prammer rügt Graf

Für „indiskutabel“ hält es Barbara Prammer, dass es FP-Nationalratspräsident Graf vorzieht auf einen Ball rechtsextremer Burschenschafter zu erscheinen, anstatt seiner Verpflichtung im Parlament nachzukommen. Was einem Abwahlmöglichkeit von Nationalratspräsidenten betrifft, bekräftigte Prammer einmal mehr: „Es ist unlogisch, dass der Bundespräsident und die Bundesregierung frühzeitig abberufen werden können, aber die Nationalratspräsidenten nicht.“

Zitat der Woche

„Die SPÖ entwickelt unter Bundeskanzler Werner Faymann ein Gesundheitssystem weiter, welches Obama mittlerweile taxfrei zum Vorbild auserkoren hat.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter



Rigaud

Infrastrukturministerin Doris Bures

Konjunkturpaket Schiene wirkt

Die Bilanz des Konjunkturpakets Schiene nach einem Jahr fällt positiv aus: Plangemäß wurden im Jahr 2009 100 Mio. Euro in mehr als 80 Einzelprojekte in allen österreichischen Bundesländern investiert. „Mit diesen Investitionen sichern wir heute Arbeitsplätze und legen die Grundlage für neues Wachstum und die Arbeitsplätze von morgen“, so Infrastrukturministerin Doris Bures. Die Arbeiten erfolgen angesichts der derzeitigen Lage am Arbeitsmarkt ohne die im Bau oft übliche Winterpause. Mit dem Konjunkturpaket Schiene werden von 2009 bis einschließlich 2012 700 Mio. Euro in Schienenprojekte investiert.



HBF

Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek mit Beraterin Katja Russo beim Besuch der ersten Onlineberatung für Frauen „Frauen beraten Frauen“

opfer ganz wichtig“, betont Heinisch-Hosek.

GESUNDHEIT

Startschuss für den „NAP.e“

Der Gesundheitsminister rückt den Österreichern an den Leib. Mit dem „Nationalen Aktionsplan Ernährung“ soll es mehr Lebensqualität und eine gesündere Gesellschaft geben.

Wenn die Ernährung verbessert wird, können viele Lebensjahre in Gesundheit dazu gewonnen werden. Es muss daher Ziel der Gesundheitspolitik sein, dass die gesunde Wahl die leichtere wird.“ So umreißt Gesundheitsminister Alois Stöger das Ziel des NAP.e. Verbesserungen im Ernährungsbereich nutzen nicht nur jedem Einzelnen durch den Zugewinn an Lebensqualität und Jahren in Gesundheit, sondern helfen auch mit, die Qualität im Gesundheitswesen zu erhalten.

Mit dem NAP.e sollen praxisbezogene und realisierbare Maßnahmen entwickelt werden, durch die schrittweise eine Umstellung der Ernährungsgewohnheiten der Österreicherinnen und Österreicher erreicht wird. Dass Verbesserungen notwendig sind, zeigte zuletzt der Österrei-



Der Entwurf des NAP.e steht unter www.bmg.gv.at zum Download bereit. Experten haben bis Ende April die Möglichkeit, ihre Erfahrungen einzubringen.

chische Ernährungsbericht: Generell wird hierzulande zu fett und zu salzig gegessen, vor allem Kinder nehmen zu viel Fett und Zucker zu sich, Übergewicht nimmt zu. SPÖ-Gesundheitssprecherin Sabine Ober-

hauser begrüßt den NAP.e: Mit den darin enthaltenen langfristigen Maßnahmen werde der Grundstein gelegt, Kinder und Jugendliche zu gesunden Erwachsenen heranzuziehen. „Der NAP.e ist das richtige Signal für eine gesündere Gesellschaft“, so Oberhauser.

Neben der Förderung eines gesunden Ernährungsverhaltens sind Strukturen, die ein besseres Ernährungs- und Gesundheitsverhalten ermöglichen, entscheidend. Wesentlich werden Maßnahmen zur Information und Aufklärung über richtige Ernährung sein. „Ziel ist es, bis zum Jahr 2020 die Häufigkeit von ernährungsassoziierten Krankheiten zu reduzieren und die Zunahme von Übergewicht zu stoppen“, so Gesundheitsminister Alois Stöger. Der NAP.e soll Ende 2010 veröffentlicht werden. ♦

INTERVIEW

„Langfristig mehr Gesundheit und Lebensqualität“

Gesundheitsminister Alois Stöger im „SPÖ Aktuell“-Interview über die Bedeutung richtiger Ernährung für die Gesundheit und das aktuelle Thema „Medikamentenstudien“.

SPÖ Aktuell: Welche Maßnahmen zur besseren Ernährung sind im NAP.e enthalten?

Alois Stöger: Ein Beispiel ist das vor kurzem vorgestellte Projekt „Richtig essen von Anfang an“, dessen Ziel leicht und transparent, zugängliche Ernährungs-Information für Schwangere und Stillende ist. Es muss auch selbstverständlich werden, dass ein Monteur auf der Baustelle oder Büroangestellte in der Kantine ihrer Firma eine gesunde Auswahl an Speisen haben. Das Lebensmittel- und Speisenangebot muss systematisch verbessert werden und es muss auch breit und auf mehreren Ebenen Ernährungsbildung erfolgen.

Was kann gesunde Ernährung ausrichten?

Stöger: Dem Österreichischen Ernährungsbericht zufolge ernähren sich viele Österreicher falsch. Vor allem werden zu viel Zucker und Fett konsumiert und es gibt immer mehr übergewichtige Men-

schen. Welchen Einfluss Ernährung auf die Entwicklung bestimmter Krankheiten hat, lässt sich am Beispiel von Obst und Gemüse zeigen: Nach Schätzungen der Weltgesundheitsorganisation sind in Europa Krebserkrankungen des Verdauungstrakts, Herzerkrankungen und Schlaganfälle zu einem gewissen Prozentsatz auf den zu geringen Obst- und Gemüseverzehr zurückzuführen. Gesunde Ernährung senkt also das Risiko vieler Erkrankungen und erhöht gleichzeitig die Lebensqualität.

Aus aktuellem Anlass: Was sagen Sie zu den vor kurzem bekannt gewordenen Medikamenten-Praxisstudien?

Stöger: Wesentlich sind Transparenz und Klarheit im Zusammenhang mit den angesprochenen Medikamenten-Studien. Diese Studien können zur Weiterentwicklung von Medikamenten beitragen, müssen aber transparent ablaufen. Ich habe



Grebe

Gesundheitsminister Stöger: „Der NAP.e soll langfristig zu mehr Gesundheit und Lebensqualität in der österreichischen Bevölkerung führen.“

nun den Entwurf einer Verordnung erstellen lassen, die eine Meldung und Registrierung dieser Studien vorschreibt. In Zukunft sollen Kassen und Öffentlichkeit nachlesen können, wenn eine Pharmafirma eine Praxisstudie über ein bestimmtes Medikament macht. ♦

SCHWARZ-BLAU

Eine Bilanz des Scheiterns

Dieser Tage jährt sich die Angelobung der schwarz-blauen Bundesregierung zum zehnten Mal. Anlass, um noch einmal deutlich aufzuzeigen, was die beiden Schlüssel-Kabinette mit sich brachten und zu welchen Kehrtwendungen rechtspopulistische Parteien fähig sind, lässt man sie Regierungsluft schnuppern.

„Mit dem Jahr 2000 hat in Österreich ein ‚System der politischen Unkultur‘ Einzug gehalten, dessen Nachwirkungen wir bis heute spüren.“

SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas

Massive Personalpolitisierung bei der Bestellung von Leitungsfunktionen in der staatlichen Verwaltung“, „geringer Grad der Einbindung der Oppositionsparteien“, „sozialpartnerschaftliche Verhandlungsdemokratie wird in einschlägigen Politikfeldern zur Ausnahme“, so beurteilte der Politikwissenschaftler Emmerich Talos in dem von ihm herausgegebenen Band „Schwarz-Blau – Eine Bilanz des ‚Neu-Regierens‘“ einige der Hinterlassenschaften der wohl am meisten polarisierenden politischen Allianz in der österreichischen Nachkriegsgeschichte.

„Zahlen die Rechnung von damals heute noch“

Bis zum heutigen Tag bejubeln konservative und neoliberale Spitzenpolitiker die Politik von damals. Noch immer sind wir mit einer ÖVP konfrontiert, die keine Scham besitzt, Schwarz-Blau in den Himmel zu loben. „Gerade heute zeigt sich mehr als deutlich, mit welchen unseriösen Methoden damals von Schüssel und Haider Politik betrieben wurde. Die Rechnung von damals zahlen wir noch heute – nicht nur finanziell. Mit der FPÖ ist kein Staat zu machen“, zieht SPÖ-Bundesgeschäftsführerin Laura Rudas Bilanz. Buwog-Desaster und Hypo-Skandal sind zwei Fallbeispiele für eine politische Unkultur des Postenschacherns, der Günstlings- und Freunderlwirtschaft, die von 2000 bis 2006 in Österreich Einzug hielt.

„Wir werden unter keinen Umständen an einer Regierung teilnehmen, wenn wir nicht zumindest Zweite sind“ – wer rechnete schon nach diesem Statement von Wolfgang Schüssel nach einer Ministerratssit-



150.000 Menschen demonstrierten in Wien für eine gerechte und faire Altersabsicherung – leider ohne von der damaligen Regierung gehört zu werden.

zung am 7. September 1999 mit einer ÖVP-FPÖ-Koalition, auch „Wende“ genannt? Nach den Wahlen 1999 war die ÖVP nur mehr drittstärkste Kraft im Lande. Dennoch sollte die Öffentlichkeit eines Besseren belehrt werden. Nach „Mehr-Schein-als-Sein“-Koalitionsverhandlungen mit der SPÖ und einem offenbar abgekartierten Spiel mit der Haider-FPÖ wurde das erste Schlüssel-Kabinetts am 4. Februar 2000 angelobt, um sich gleich im Anschluss daran zu machen, unzählige Belastungsmaßnahmen zu beschließen sowie das Familiensilber der Republik zu verscherbeln – unter dem Primat des mittlerweile unter dem Donnergrollen der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise kläglich gescheiterten Neoliberalismus. Wie der jüngste Buwog-Skandal vermuten lässt, geschah dies unter der besonderen Rücksichtnahme auf gute Freunde.

Belastungsregierung

In der Tat hat sich ab 2000 vieles „gewendet“: Fortan sollte das Wort „Reform“ keine Verbesserung oder Optimierung bereits bestehender Strukturen des Sozialstaates bedeuten. Schüssel und sein Kronprinz Ex-Finanzminister Grasser schmiedeten ge-

meinsam unzählige Maßnahmen zum Abbau sozialstaatlicher Errungenschaften. Die Pensionsreformen 2000, 2003 und 2004, Studiengebühren und Knock-out-Prüfungen sowie unzählige Erhöhungen von Beiträgen und Steuern bei gleichzeitiger Entlastung von Konzernen und Vermögenden markieren eine Periode der Klientelpolitik für einige wenige. Arbeitnehmer, Pensionisten, Frauen, Schüler und Studierende zahlten die Zeche für den Nulldefizit- und Abverkaufswahn des Schüssel-Grasser-Systems.

Wende-Ende

Glücklicherweise fand die Koalition aus Konservativen und Rechtspopulisten mit dem Wahlsieg des damaligen SPÖ-Spitzenkandidaten Alfred Gusenbauer bei den Nationalratswahlen 2006 ein jähes Ende. Mittlerweile können die Österreicherinnen und Österreicher auf eine sozialdemokratisch geführte Regierung zählen, die sich durch Arbeit, Zuverlässigkeit und Stabilität auszeichnet und die dank der SPÖ in Sozialabbau und Kürzungen im Bildungsbereich kein Mittel zur Budgetkonsolidierung sieht.

ÖVP-FPÖ-KOALITION 2000-2006

Dichtung und Wahrheit

Viele konservative Kommentatoren meldeten sich in den letzten Tagen zu Wort, um die Schüssel-Haider-Regierungen in den Himmel zu jubeln. Wir wollen die aufgestellten Behauptungen kritisch prüfen.



picturedesk

Der Unmut in der Bevölkerung mit dem Kurs der sozialen Kälte wuchs in den Jahren 2000-2006 sukzessive an und endete 2006 mit der Abwahl von Schüssel & Co.

BEHAUPTUNG:

Schüssel hat die Haider-FPÖ unter Kontrolle gebracht.

WAHRHEIT:

Schüssel übertrug mit seiner Regierungsbündnis jener Partei Regierungsverantwortung, die den Rechtsextremismus in Österreich wieder salonfähig machte. Die FPÖ zerfleischte sich während der Regierungszeit zweimal selbst: einerseits durch den Knittelfelder Parteitag 2002, andererseits durch die BZÖ-Abspaltung 2005.

BEHAUPTUNG:

Schwarz-Blau war mit ihrer „Nulldefizit“-Bestrebung eine Regierung der ökonomischen Vernunft.

WAHRHEIT:

„Ein guter Tag beginnt mit einem ausgeglichenen Budget“: Seinen Nulldefizit-Fetisch konnte Ex-Finanzminister Grasser freilich nur recht kurzfristig befriedigen. Insgesamt wurde Staatseigentum im Wert von über sechs Milliarden Euro an Private abverkauft. Während Grasser 2001 schon nahe dran zu sein schien, kletterte das Budgetdefizit 2004 rasant auf 4,4 Prozent.

BEHAUPTUNG:

ÖVP und FPÖ brachten die umfassendste und tiefgreifendste Steuerreform aller Zeiten zuwege.

WAHRHEIT:

Fakt ist, dass Schwarz-Blau für eine deutliche Erhöhung diverser Gebühren (Gerichts- und Grundbuchsgebühren, Pass und Personalausweis wurden doppelt so teuer), eine Verdreifachung der Einheitswerte bei der Erbschafts- und Schenkungssteuer sowie für die Erhöhung von Versicherungsprämien verantwortlich war. Und, als ob der Gipfel der Unverschämtheit noch nicht erreicht gewesen wäre, es kam unter „Wendekanzler Schüssel“ zu höheren Einkommenssteuervorauszahlungen, Versicherungsprämien und ORF-Gebühren.

BEHAUPTUNG:

Die „Liberalisierung“ der Märkte hatte keine negativen Auswirkungen auf die Beschäftigungssituation.

WAHRHEIT:

65.000 Vollzeitarbeitsplätze gingen unter Schwarz-Blau verloren. Teilzeitarbeit und

prekäre Beschäftigungsverhältnisse waren modern geworden: 140.000 Teilzeitarbeitsplätze mehr als noch 1999. Nach der „Wende“ verdienten die oberen 20 Prozent der Besserverdienenden 22-mal mehr als das untere Fünftel, davor war es 17-mal so viel.

BEHAUPTUNG:

Die Pensionsreformen unter Schüssel sicherten das Pensionssystem nachhaltig ab.

WAHRHEIT:

150.000 Menschen versuchten sich 2003 leider erfolglos gegen den Pensionsraub zur Wehr zu setzen. Bereits die überfallsartige Anhebung des Frühpensionsalters um 18 Monate sowie Abschläge bis zu 10,5 Prozent wurden 2000 durchgesetzt. 2003 und 2004 folgten weitere radikale Pensionskürzungen. Lebenslange Durchrechnung führt durch unzureichende Anrechnung zu Einbußen. 45 statt 40 Beitragsjahre durch Reduktion des Anpassungsfaktors von 2 auf 1,78 Prozent führten ebenfalls zu massiven Verlusten. Junge Menschen müssen mit Verlusten von bis zu 35 Prozent bei ihren Pensionen rechnen. ♦

BUWOG

„Hätte mir von der ÖVP klare Worte erwartet“

Staatssekretär Lopatka beschönigte im Parlament den Verkauf der Buwog und erntete sofort harsche Kritik von SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter.

Charakteristisch für Schwarz-Blau war unter anderem, dass Privatisierungen zu Schleuderpreisen erfolgten und private Investoren massiv von der Verschönerung von Republikvermögen profitierten. Ein typisches Beispiel dafür scheint der Verkauf der Buwog-Wohnungen zu sein. Eine Reihe von dubiosen Verflechtungen und fragwürdigen Vorgängen dürften dazu geführt haben, dass die Immofinanz mit einem Angebot, das nur eine Million Euro über dem des Zweitbieters lag letztendlich den Zuschlag bekam. Erstaunlich ist, dass Staatssekretär Lopatka den Buwog-Skandal offensichtlich noch immer als gelungene Privatisierung verkaufen will. Lopatka sprach dieser Tage im Parlament wörtlich von „Transparenz“ und einem „offenen Verfahren“. Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter meldete sich sofort zu Wort und zeigte sich überzeugt: „Es war eine geschobene Partie.“ Da die Causa mittlerweile für Hochbetrieb bei der Staatsanwaltschaft sorgt, hätte sich Kräuter schon klare Worte von Seiten der ÖVP erwartet. Auch der Rechnungshof

stellt unmissverständlich fest, dass der Bund nicht alle Erlössteigerungspotenziale genutzt hat und zumindest 200 Mio. Euro Schaden entstanden sind. Kräuter: „Wenn also Lopatka den skandalösen Buwog-Verkauf trotz Hausdurchsuchungen, Selbstanzeigen und konkreten Verdachtsmomenten bezüglich Amtsmissbrauch, Geheimnisverrat und Steuerhinterziehung als ‚transparentes‘ und ‚offenes Verfahren‘ bezeichnet, ist das eine Verhöhnung der Steuerzahler.“

FPÖ tief in den Buwog-Skandal verstrickt

Kräuter wies vor den Abgeordneten des Nationalrates aber auch auf die Verstrickungen der FPÖ in den Buwog-Skandal hin. Der jetzige FPÖ-Chef Strache habe Mitverantwortung bei der Bestellung Plechs zum Buwog-Aufsichtsratschef im Jahr 2001. „Strache hat schon seinerzeit als Mitglied des Landespartei Vorstandes in der Wiener FPÖ die Fäden gezogen und somit Plech in Stellung gebracht. Plech wurde mit Unterstützung Straches Wiener FPÖ-Vertreter im



Zinner

SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter fordert die Aufklärung der FPÖ-Verstrickungen im Buwog-Skandal.

Banken-, Medien- und Immobilienbereich“, so Kräuter. Der Immobilienmakler Plech, gegen den die Justiz derzeit ermittelt, war gleichzeitig Aufsichtsratschef der Buwog und Mitglied der Kommission, die über das Engagement des Bankhauses Lehmann Brothers mit mehr als 10 Millionen Euro Beratungskosten entschied. Für ihn und alle weiteren, gegen die ermittelt wird, gilt die Unschuldsvermutung. ♦

INNENMINISTERIUM

Justiz prüft VP-Postenschacher

Neue, interne E-Mails rufen die Anti-Korruptionsstaatsanwälte auf den Plan. Der Verdacht: Amtsmissbrauch.

Die knapp drei Jahre, die der schwarz-blauen Regierung vergönnt waren, haben ÖVP und FPÖ tüchtig ausgenutzt. Ganze Ministerien wurden umgefärbt, und auch in den staatsnahen Betrieben wurde fleißig ausgetauscht. Eine beachtliche Bilanz des Postenschachers war zu verzeichnen. In Erinnerung zu rufen sind die E-Mails, die zumindest vom PC des damaligen Innenministers Ernst Strasser verschickt wurden, die den Verdacht auf politisch motivierte

Postenbesetzungen in seiner Amtszeit nahelegen. Allerdings hat dies keinerlei rechtliche Konsequenzen, denn ein Staatsanwalt hatte den betreffenden Akt „übersehen“ – die Folge: Verjährung. Vor einigen Tagen wurde die Justiz auf zwei E-Mails aufmerksam gemacht, die die Postenschacher-Affäre im Innenministerium wieder aufs Tapet bringen. In einer Anzeige wird der Schriftverkehr problematisiert, den der damalige Leiter der Personalabteilung im Innenministerium

und heutige Kabinettschef der Innenministerin mit ÖVP-nahen Beamten geführt hat. Konkret stößt sich die Anzeige an Postenbesetzungen, die im Frühling 2007 schlagend wurden – und bei denen möglicherweise nicht nur fachliche Argumente eine Rolle gespielt haben.

Laut „Kurier“ ist bei den E-Mails vor allem ins Treffen geführt worden, dass es sich jeweils um Personen handelt, welche der ÖVP gegenüber loyal sind, für die interveniert wurde. Die Antworten vonseiten der Personalabteilung des Innenministeriums sind laut „Kurier“ positiv ausgefallen. ♦



Justitia untersucht per Anti-Korruptionsstaatsanwaltschaft.

ASYL

Kreisky-Preisträger vor Abschiebung?

Jovan Mirilo, Bruno-Kreisky-Preisträger, wehrt sich gegen seine Abschiebung aus Österreich, denn er befürchtet seinen Tod in Serbien.

Mirilo hat 2007 den Preis für seinen Beitrag zur Aufdeckung von Kriegsverbrechen in Serbien erhalten. Der aus Sid stammende Mann hat ein Video kopiert, in dem serbische Soldaten den Mord an rund 8.000 Bosniaken in Srebrenica dokumentieren. Über „Human-Rights-Watch“ in Belgrad hat Mirilo das Videomaterial an das UNO-Kriegsverbrechertribunal in Den Haag übermittelt. Mirilo habe mit dem Video dazu beigetragen, dass diese Kriegsverbrecher 2005 verhaftet werden konnten, so SPÖ-Menschenrechtssprecherin Marianne Haghenhofer.

Morddrohungen und Flucht

Als nach den Verhaftungen Morddrohungen folgten traten Mirilo und seine Familie die Flucht nach Österreich an. 2007 stellte Mirilo einen Asylantrag, der jedoch abgelehnt wurde. Das Bundesasylamt er-

kannte keine Gefährdung des Mannes und stützte sich auf ein anonymes Gutachten, in dem angezweifelt wurde, ob Mirilo tatsächlich an der Beschaffung des Videos beteiligt war. Das Bundesasylamt vermutet in dem Preisträger einen ehemaligen Freischärler.

Rechnet mit sicherem Tod

„Eigentlich bin ich sicher, ich habe keine Chance zu überleben“, so Mirilo, denn die serbische Polizei könne oder wolle ihn nicht schützen. „Einen politisch Verfolgten, der in seinem Heimatland unter Lebensgefahr steht, seiner Sicherheit zu berauben statt Asyl zu gewähren, ist unverantwortlich und unmenschlich und kann deswegen nicht geduldet werden“, betont Haghenhofer. ♦

Der Asylantrag Jovan Mirilos, Bruno-Kreisky-Preisträger 2007, und Srebrenica-Aufdecker, wurde abgelehnt.



EUROPA

Selbstbewusstes EU-Parlament: Datenschutz hat Vorrang

Im EU-Parlament zeichnet sich ein klares Nein zum Bankdatenaustausch mit den USA ab.



Bei der Plenarabstimmung nächste Woche zeichnet sich eine breite Mehrheit im EU-Parlament gegen das SWIFT-Abkommen ab.

Keine Zustimmung zur Aushöhlung des Datenschutzes der europäischen Bürger wird es nächste Woche voraussichtlich im EU-Parlament (EP) geben – womit das von EU-Kommis-

sion und EU-Ministerrat verabschiedete „SWIFT-Abkommen“ vorläufig außer Kraft gesetzt wäre. Kritisiert wird vor allem, dass das Abkommen die Möglichkeit für die USA vorsieht, auf Anfrage Überweisungsdaten des Finanzdienstleisters SWIFT von Europäern abzurufen.

EU-Parlament nicht überrumpeln

„Das EU-Parlament lässt sich nicht mit überhasteten Entscheidungen überrumpeln“, erklärt der Delegationsleiter der SPÖ-EU-Abgeordneten Jörg Leichtfried angesichts der Umgehung des EU-Parlaments (siehe Infobox). Bei der Plenarabstimmung nächste Woche zeichnet sich eine breite Mehr-

heit des EU-Parlaments gegen das SWIFT-Abkommen ab. Die sozialdemokratische S&D-Fraktion war von Anfang an skeptisch – anders als etwa die ÖVP-Delegation im EU-Parlament, die sich bis zuletzt unschlüssig zeigte. ♦

INFO

Das SWIFT-Abkommen

Im Herbst 2009 hatte die EU-Kommission das EU-Parlament mit einem Verfahrenstrick übergangen, um nicht auf dessen Zustimmung angewiesen zu sein. Seit 1. Februar 2010 ist nun ein Übergangsabkommen zum Bankdatenaustausch mit den USA in Kraft, das – nach dem Vertrag von Lissabon – mit der EP-Abstimmung am 10. Februar aber blockiert werden könnte. Im heurigen November wird neu verhandelt.

FAMILIE

Mit dem Kindergeld Neu zu mehr Väterbeteiligung

Aktuelle Zahlen zum Kindergeld zeigen: Der Anteil der Väter ist bei der kürzesten Kindergeld-Variante mehr als doppelt so hoch wie bei den längeren Varianten.



Väterkarenz soll vermehrt auch in den Betrieben beworben werden.

Das neue einkommensabhängige Kindergeld ist tatsächlich eine Chance, mehr Väter zu motivieren, in Karenz zu gehen“, ist Frauenministerin Gabriele Heinisch-Hosek über die aktuellen Zahlen zum Kindergeld erfreut. Die bisherige Entwicklung zeigt, dass der Anteil an Vätern bei der kürzesten Variante des Kindergeldbezuges doppelt so hoch ist wie bei den längeren Varianten. „Die Zahlen stimmen mich optimistisch, dass es gelingen wird, noch mehr Väter zu gewinnen, sich die Karenz mit ihren Frauen zu teilen. Bei der Väterkarenz sind wir auf dem richtigen Weg, auch wenn er noch ziemlich weit ist“, betont die Frauenministerin.

Die Zahlen würden einmal mehr deutlich machen, dass die Kinderbetreuung weiterhin zu mehr als 90 Prozent Frauensache ist.

Jetzt geht es darum, Väter zu ermutigen, von ihrem Rechtsanspruch, in Karenz zu gehen, auch tatsächlich Gebrauch zu machen. „Ich höre immer wieder, dass Väter, die in Karenz gehen, immer noch wie Exoten behandelt werden und manchen auch Steine in den Weg gelegt werden“, kritisiert die Frauenministerin. Heinisch-Hosek: „Es braucht noch deutlich mehr Anstrengungen seitens der Betriebe, die Väterkarenz zu bewerben, damit sie irgendwann zur Selbstverständlichkeit wird.“ ♦

INTERVIEW

„Väterkarenz muss zur Selbstverständlichkeit werden“

SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier spricht mit „SPÖ Aktuell“ über das einkommensabhängige Kindergeld und die daraus resultierende Chance auf mehr Väterbeteiligung.

SPÖ Aktuell: Seit 1. Jänner 2010 ist das einkommensabhängige Kindergeld Realität. Worin liegen Ihrer Meinung nach die wichtigsten Neuerungen?

Gabriele Binder-Maier: Mit dem einkommensabhängigen Kindergeld ist es der SPÖ gelungen, eine langjährige Forderung durchzusetzen. Die zusätzlichen Flexibilisierungen eröffnen Familien mehr Möglichkeiten und Frauen mehr Chancen, Familie und Beruf besser unter einen Hut zu bringen.

Dennoch sind 90 Prozent der Kindergeldbezieherinnen noch immer Frauen. Wie kann die Väterbeteiligung erhöht werden?

Binder-Maier: Väter spricht vor allem die kürzeste Variante des Kindergelds an. Der nächste Schritt muss es sein, die Väterkarenz zur Selbstverständlichkeit zu machen – und hier sind die Betriebe gefordert. Eine gute Beziehung zwischen

Vater und Kind ist wichtig, denn: Wir wollen keine vaterlose Gesellschaft.

Wie kann Frauen und Männern ein rascher Wiedereinstieg in den Beruf erleichtert werden?

Binder-Maier: Um eine rasche Rückkehr in den Beruf zu finden, brauchen Eltern die Gewissheit, dass ihre Kinder gut betreut sind und daher brauchen wir ein flächendeckendes Angebot an qualitativ hochwertigen Kinderbetreuungsplätzen.

Dies befindet sich ja mit dem Gratiskindergartenjahr bereits in Umsetzung, oder?

Binder-Maier: Das Gratiskindergartenjahr für alle Fünfjährigen war hier nur ein erster Schritt in die richtige Richtung. Wir wollen österreichweit gleiche Standards für Gruppengrößen, längere und flexiblere Öffnungszeiten und faire Entlohnung für Kindergartenpädagoginnen und -pädagogen in allen pädagogischen



Weinwurm

SPÖ-Familiensprecherin Gabriele Binder-Maier fordert bundesweit einheitliche Standards für Kindergärten.

Einrichtungen für die Unter-6-Jährigen. Dafür braucht es ein bundeseinheitliches Rahmengesetz. Erfreulich ist, dass nun auch Familienstaatssekretärin Marek auf diesen Zug aufgesprungen ist. Nun muss sie ihren Worten aber auch Taten folgen lassen. ♦

ARBEITSMARKT

Mit Qualifizierung gegen die Krise

Durch die Wirtschaftskrise und den harten Winter kam es zu einem Anstieg der Arbeitslosigkeit. Ein Drittel aller arbeitslosen Menschen hat aber bereits eine Wiedereinstellungszusage.



Sozialminister Rudolf Hundstorfer hat Weiterbildung mit einem Qualifizierungsbonus noch attraktiver gemacht.

Die fortdauernde Wirtschaftskrise, die zu schwache Konjunktur und die kalten Temperaturen in Ostösterreich haben, besonders in der Baubranche, zu einem überdurchschnittlich starken Anstieg der Arbeitslosigkeit geführt. 94.436 Personen – das sind

knapp 30 Prozent aller Arbeitslosen – haben aber bereits eine Wiedereinstellungszusage. „Es ist daher davon auszugehen, dass in den nächsten, wieder wärmeren Monaten, die Arbeitslosigkeit deutlich zurückgehen wird“, so Sozialminister Rudolf Hundstorfer.

Qualifizierung erhöht die Chancen auf Arbeit

Im Kampf gegen Arbeitslosigkeit setzt die SPÖ-geführte Bundesregierung weiterhin vor allem auf die Qualifikation von Arbeitssuchenden. „Im vergangenen Jahr konnten mit Hilfe des AMS rund 580.000 Menschen wieder an einen Arbeitsplatz vermittelt werden. Das ist ein Rekordwert und zeigt, dass der Arbeitsmarkt sehr lebendig ist und dass die zahlreichen vom AMS angebotenen Qualifizierungsmaßnahmen die Vermittlungschancen erhöhen“, so Hundstorfer. Alleine im Jänner 2010 haben 43.747 Menschen eine Arbeit aufgenommen und 26.565 ein Kursangebot genutzt. „Wir setzen weiter auf Qualifizierung, denn nur mit möglichst gut ausgebildeten Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern werden wir die Krise gut bewältigen können. In diesem Jahr werden wir alle Anstrengungen unternehmen, um die Schulungsmaßnahmen noch effizienter und zielgerichteter anzubieten“, betont der Sozialminister.

BARRIEREFREIHEIT

Leichter Wählen mit „Wahlkarten-Abonnement“

Die neuen Änderungen im Bereich der Briefwahl bringen deutliche Verbesserungen für behinderte Menschen.



SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig ist erfreut über den Abbau von Barrieren beim Wahlrecht.

zu mehr Teilhabe an demokratischen Prozessen für Menschen mit Behinderungen.“

Künftig können behinderte Menschen die automatische Zusendung einer Wahlkarte – ein sogenanntes „Wahlkarten-Abonnement“ – beantragen. Weiters haben behinderte Menschen in Zukunft einen Anspruch darauf, von einer „fliegenden Eintragungsbehörde“ besucht zu werden, um an Volksbegehren teilnehmen zu können. Für SPÖ-Behindertensprecherin Ulrike Königsberger-Ludwig sind diese politischen Erfolge „wichtige Schritte zum Abbau von Barrieren und

TERRORISMUS-GESETZ

SPÖ will Überarbeitung

Die SPÖ will dem Entwurf zum „Terrorismuspräventionsgesetz“ in der Form nicht zustimmen und fordert mehr legislative Feinarbeit.

SPÖ-Justizsprecher Hannes Jarolim betonte, dass die SPÖ sich zum Regierungsprogramm bekennt, das eine neue Regelung in Sachen Terrorismus-Gesetz vorsieht. Verschiedene sehr ernst zu nehmende Stellungnahmen zum Entwurf warnen aber vor einem massiven Eingriff in die Grundrechte – etwa die Staatsanwaltschaft Graz, das Oberlandesgericht Graz oder die Strafrechtsexperten Alexander Tipold und Ingeborg Zerbes. Auch sei zu befürchten, dass das Gesetz die Falschen trifft. „Angebracht ist eine vernünftige Bestimmung, die dem Ziel der Terrorismusbekämpfung gerecht wird und gleichzeitig den Grundrechten Rechnung trägt“, meint Jarolim.



Justizsprecher Hannes Jarolim fordert, dass kein neuer Tatbestand geschaffen wird, der über das Ziel hinausschießt.

picturedesk

BKA



Bundespräsident vereidigt Olympia-Hoffnungen

Mit einem Handschlag schwor der Bundespräsident jeden österreichischen Olympioniken höchstpersönlich auf den olympischen Eid ein. Nach Einkleidung, Farewell-Feier und Anti-Doping-Schulung folgte die feierliche Zeremonie in der Hofburg, bei der auch Sportminister Norbert Darabos anwesend war, um das Olympia-Team zu verabschieden.

PID



„Goldener Hermes“ für Michael Häupl

Bürgermeister Michael Häupl wurde von der Präsidentin der Wiener Wirtschaftskammer, Brigitte Jank, mit deren höchster Auszeichnung geehrt. Den „Götterboten“ verdiente sich der Wiener Landes-Chef durch die Umsetzung von Großprojekten wie der Fußball-EM und der erfolgreichen Positionierung Wiens als Tourismus-Metropole.

Blumengruß im Bundeskanzleramt

Anlässlich des bevorstehenden Valentinstags bekam Bundeskanzler Werner Faymann Besuch von einer Abordnung der österreichischen Floristinnen und Floristen. Die zahlreich überreichten Blumensträuße wurden prompt zur Verschönerung des Bundeskanzleramtes eingesetzt.



HOP! Media

Bundeskanzler zu Besuch im „grünen Herzen“ Österreichs

Bundeskanzler Werner Faymann stattete dem steirischen SPÖ-Landtagsklub einen Besuch ab. Sowohl der Kanzler als auch Landeshauptmann Franz Voves und Klubobmann Walter Kröpfl verwiesen bei dem Treffen in einem Seiersberger Gasthaus auf die Wichtigkeit der bevorstehenden Gemeinderats- und Landtagswahl. Der Bundeskanzler hob vor allem die „bestens funktionierende Achse zwischen der Steiermark und dem Bund“ hervor.



SPÖ Steiermark

Sachbuch

Die Empathische Zivilisation – Wege zu einem globalen Bewusstsein

Jeremy Rifkin schreibt die Geschichte der Zivilisation neu und entwirft die Vision einer zukünftigen Ära.

Der Schlüssel für unser Zusammenleben in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist Empathie: Die Gabe, sich in andere Menschen hineinzusetzen und bei allem, was wir tun, die Konsequenzen für andere zu bedenken. Wir sind nicht von Natur aus egoistische Einzelkämpfer. Vielmehr sind Kooperation und Solidarität die Grundlagen unseres Zusammenlebens. Nach der Agrar- und der Industriegesellschaft

prophezeit Rifkin eine neue Ära, den dezentralisierten Kapitalismus. Herausforderungen wie die globale Wirtschaftskrise und der Klimawandel zeigen: Entscheidend ist, auf Interessen und Positionen anderer einzugehen. Rifkin ist Gründer und Vorsitzender der Foundation on Economic Trends und Berater für die Europäische Union sowie verschiedene Regierungen weltweit. ♦

Ratgeber

Wenn ist nicht würdelos

Merksprüche wie „Wenn ist würdelos“ oder „Wer brauchen ohne zu gebraucht...“ schwirren noch in unseren Köpfen herum, sind aber nicht mehr gültig.

Sprache ändert sich und mit ihr ändern sich ihre Regeln. Robert Sedlaczek beleuchtet Streitfälle der Rechtschreibung, der Grammatik und der Stilistik aus österreichischer Sicht: Wo können wir als Österreicher durch das Dickicht der Sprache einen eigenständigen Weg einschlagen und wo nicht? Der Autor zeigt humorvoll, wo manche Journalisten kapitale Fehler machen, und erläutert, wie diese Fehler vermieden werden können. Außerdem stehen

auch Floskeln der mündlichen Kommunikation am Prüfstand: Von „bis zur Vergassung“ über „Ich bin ganz bei Ihnen“ bis „Wie die Faust aufs Aug“. Sedlaczek wühlt sich durch das Dickicht der Sprache und zeigt auf, wo selbsternannte Sprachgurus ins Fettnäpfchen treten und warum der Duden nicht immer recht hat. Er versteht sich nicht als Sprachpolizist, sondern als Sprachbeobachter in einem Kontinuum des Wandels. ♦

Roman

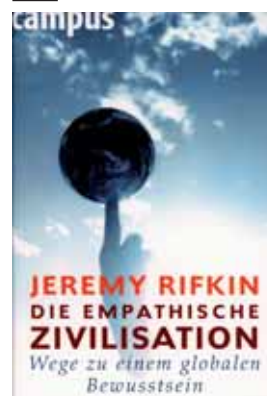
Der Koch

Politische Gegenwart, Exotik und Sinnlichkeit – ein Roman, der keine Wünsche offen lässt.

Maravan, 33 Jahre alt, tamilischer Asylwerber, arbeitet als Hilfskraft in einem Züricher Sternelokal, weit unter seinem Niveau. Denn Maravan ist ein leidenschaftlicher Koch. In Sri Lanka hatte ihn seine Großtante in die Kochkunst eingeweiht, nicht zuletzt in die Geheimnisse der aphrodisierenden Küche. Als er entlassen wird, ermutigt ihn seine Kollegin zu einem Deal der besonderen Art: einem gemeinsamen Catering für Liebesmenüs. Anfangs kochen sie für Paare, die eine Se-

xualtherapeutin vermittelt. Doch der Erfolg von „Love Food“ spricht sich herum, und eine viel zahlungskräftigere Klientel bekundet Interesse: Männer aus Politik und Wirtschaft. Maravan hat Sorge, das Geschäft könne „unanständig“ werden. Und das wird es. Doch er benötigt das Geld dringend, um seine Familie in Sri Lanka am Leben zu erhalten.

Martin Suter erzählt die Geschichte umstandslos, geschliffen und niemals affektiert. ♦

☐ Stk.


Jeremy Rifkin
Die Empathische Zivilisation.
Campus Verlag,
Frankfurt am Main, 2010;
468 S., 27,70 €

☐ Stk.


Robert Sedlaczek
Wenn ist nicht würdelos.
Verlag Carl Ueberreuter,
Wien 2010;
208 S., 19,95 €

☐ Stk.


Martin Suter
Der Koch.
Diogenes Verlag, Zürich 2010;
312 S., 22,60 €

Unterschrift:

Adresse:

Name:

In der Buchhandlung Löwelstraße

1014 Wien, Löwelstraße 18

Tel: 01/534 27/323 od. 343, Fax: 01/534 27/324, E-Mail: Buchhandlung@spoe.at

Bitte Bestellschein ausfüllen, gewünschte Bücher ankreuzen, abtrennen, einsenden, faxen oder einfach per E-Mail bestellen!



BURGENLAND

SPÖ stellt neuen Jugendsekretär vor



SPÖ Burgenland

SPÖ macht Politik für und mit jungen Menschen: LH Hans Niessl mit neuem Jugendsekretär Martin Giefing und Landesgeschäftsführer Robert Hergovich.



Ab sofort ist der 19-jährige Martin Giefing aus Neudörfel Ansprechpartner für die Anliegen der burgenländischen Jugend.

Wir wollen das Burgenland zum jugendfreundlichsten Bundesland Österreichs machen. Die SPÖ-Jugendor-

ganisationen sind dabei wichtige Impulsgeber und Partner“, betont Landeshauptmann Hans Niessl. In der Vergangenheit hat die SPÖ bereits wichtige Maßnahmen auf Schiene gebracht: „Besonders wichtig ist uns, dass junge Leute Perspektiven haben. Deshalb ist der Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit eines unserer wichtigsten Anliegen.“ Mit dem neun Millionen Euro-Paket für Jugendbeschäftigung hat die SPÖ bereits Ausbildungs- und Arbeitsplätze für rund 1.000 Jugendliche gesichert.

Martin Giefing:
„Offenes Ohr für alle Anliegen“

Der Jugendsekretär soll künftig Drehscheibe aller SP-Jugendorganisationen

„Die SPÖ gestaltet Politik nicht nur für, sondern gemeinsam mit jungen Menschen. Wir nehmen die Jugendlichen ernst und wollen ihnen die Möglichkeit geben, ihr Leben selbstbestimmt leben zu können.“

LH Hans Niessl

sein und für den guten Draht zur Landespartei sorgen. Wichtigste Aufgabe ist für ihn eine noch bessere Vernetzung und Kommunikation mit engagierten Jugendlichen aufzubauen. „Je mehr Jugendliche sich engagieren, umso besser können wir mitmischen. Wir werden deshalb alles tun, um uns zu vergrößern und immer mehr Jugendliche bei uns zu organisieren“, betont Giefing. Der Student der Politikwissenschaften will Ortsgruppengründungen forcieren, Schulaktivitäten verstärken und den Fokus auf den Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit richten. ♦

NIEDERÖSTERREICH

„Investieren statt Spekulieren!“



Investitionen in Arbeit und Sicherheit fordert Landeshauptmannstellvertreter Sepp Leitner.



Die verspekulierten Wohnbaugelder in der Höhe von einer Milliarde Euro sind ein heißes Thema im niederösterreichischen Gemeinderatswahlkampf. Ein Rechnungshofbericht bestätigt nun die SPÖ-Kritik.

Der Bundesrechnungshof bestätigte in seinem Bericht die Kritik, die Landeshauptmann-Stellvertreter und SPÖ-Niederösterreich-Chef Sepp Leitner an der Veranlagungspraxis von ÖVP-LHStv. Sobotka geübt hat. Der – eigentlich vertraulich zu behandelnde – Rechnungshofbericht war auf mysteriöse Weise an die Medien gelangt. Mit der Milliarde Steuergeld die Sobotka „verzockt“ hat, könnte man Jugendlichen über Jahre hinweg Ausbildungsmöglichkeiten in überbetrieblichen Lehrwerkstätten zur Verfügung stellen, erklärt Leitner. Auch der Betrieb der niederösterreichischen Nebenbahnen oder die Realisierung des Hochwasserschutzes für das ganze Land könnten durch diese immense Summe finanziert werden.



Bundesgeschäftsführer Günther Kräuter beim Wahlkampfauftritt der SPÖ-Amstetten

Wahlkampfunterstützung von Bundes-SPÖ

Gemeinsam mit den SPÖ-Nationalratsabgeordneten Ulrike Königsberger-Ludwig und Gabriele Binder-Maier nahm Günther Kräuter am Wahlkampfauftritt in Amstetten teil. Einhelliger Tenor der gelungenen Veranstaltung: „Jetzt geht's los!“ ♦

STEIERMARK

SPÖ-Wahlauftakt in Kapfenberg



Mit dem Slogan „Es geht um dich“ gibt die SPÖ Steiermark ein klares Signal für eine bürgerernahe Politik.

Jeder Arbeitslose ist einer zuviel – wir müssen gemeinsam mit den Ländern und Gemeinden dafür kämpfen, dass die Arbeitslosigkeit in der Krise so gering wie möglich bleibt“, betonte Bundeskanzler Werner Faymann in Kapfenberg beim Wahlauftakt der steirischen SPÖ-Mandatarinnen und -Mandatare für die Gemeinderatswahl 2010. Der Wahl-Slogan „Es geht um dich“ soll ausdrücken, dass die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger ins Zentrum gerückt werden, ebenso wie die Themen „Arbeit. Heimat. Zukunft.“

„Wir haben das Ohr bei den Menschen“

Landeshauptmann Franz Voves betonte in seiner Rede vor rund 1.600 Menschen:



Aufbruchstimmung herrschte beim Wahlauftakt für die steirische Gemeinderatswahl 2010.

„Die steirische SPÖ will alles tun, um unsere wunderschönen Regionen nicht auszuhungern, sondern Heimat zu erhalten. Wir haben das Ohr bei den Menschen, wir wissen, wo der Schuh drückt, weil wir direkt auf die Menschen zugehen.“ Dabei spielt der persönliche Kontakt eine entscheidende Rolle: Mehr als 1.000 Straßenaktionen, über 100.000 Hausbesuche in den Gemeinden und über 500.000 Ge-



Fotos: SPÖ Steiermark

„Es geht um dich“ – so der Slogan der steirischen Mandatarinnen und Mandatare, die mit viel Elan in den Gemeinderatswahlkampf starteten.

sprache werden vor der Wahl stattfinden. Dass die SPÖ nahe bei den Menschen agiert, zeigte auch der Veranstaltungsort: Mitten in der Bushalle am Böhler-Gelände in Kapfenberg. „Besonders in wirtschaftlich schwierigen Zeiten ist es wichtig, dass auf die Menschen in unserem Land nicht vergessen wird“, unterstrich LH Voves. Nähere Infos unter: www.esgehtumdich.at. ♦

TIROL

„Europa-Café“ in Tirol



Neue Wohnheime für Asylwerber sollen für mehr Lebens- und Betreuungsqualität sorgen.

Derzeit wird die Asylquote in Tirol mit 1.504 Betreuten zu 83 Prozent erfüllt. „Bis zum Ende dieses Jahres beabsichtigt Tirol seine Asylquote zur Gänze zu erfüllen“, stellt Integrationslandesrat Gerhard Reheis in Aussicht. Um dies zu erreichen, sollen 18 zusätzliche Flüchtlingsheime und somit rund 100 neue Betreuungsplätze geschaffen werden. Die Einrichtungen, in denen besonders Wert auf hohe Betreuungsqualität gelegt wird, sind auf alle neun Bezirke Tirols verteilt. Somit kann eine einseitige Belastung eines Bezirkes verhindert werden, was sich positiv auf die Lebensqualität der Asylwerber und der ortsansässigen Bevölkerung auswirkt. ♦



SPÖ Tirol

Die „Europa-Cafés“ werden im Rahmen der Kampagne „Europa weiter denken“ bis April 2010 in ganz Österreich abgehalten.

KINDERFREUNDE

Integrations-Schulung erfolgreich beendet



Die Kinderfreunde Fünfzehn neue interkulturelle Eltern-Kind-Gruppen-Leiter wurden ausgebildet.



Kinderfreunde

Die Fünfzehn frisch gebackenen Leiterinnen und Leiter für interkulturelle Eltern-Kind-Gruppen.

Eltern mit Migrationshintergrund-Bewusstsein und Kenntnisse für die Begleitung ihrer Kinder durch den Bildungsweg zu vermitteln, ist ein wichtiges Ziel der Familienakademie der Wiener Kinderfreunde. Der Lehrgang wurde vom Familienministerium gefördert und ist mit dem „Gütesiegel für Elternbildung“ versehen. Der Lehrgang vermittelte den Absolventen alle nötigen Kompetenzen um an Kindergärten, Eltern-Kind-Zentren oder anderen Stellen entsprechende Eltern-Gruppen leiten zu können. ♦



Offener und kreativer Lernzugang

Im Wiener Hernalser Gymnasium wird 2010/2011 als eine der ersten österreichischen AHS eine Ganztagsklasse angeboten, in der sich über den Tag verteilt Lernen, Üben, Erholen, körperliche Aktivität und kreative Gestaltung abwechseln.



In einer Ganztagsklasse gelingt die Förderung des Miteinanders und der Verantwortung füreinander besonders gut.

„Die Chance, dass alle Potentiale eines Kindes gefordert und gefördert werden, steigt in einer Ganztagsklasse.“

Rechtlich handelt es sich bei der Klasse im Hernalser Gymnasium, die als verschränkte ganztägige Schulform angeboten werden wird, nicht um einen Schulversuch, sondern um eine im Gesetz seit vielen Jahren verankerte Form. Zur Einführung reicht seit kurzem theoretisch der „Elternwunsch“, praktisch sind wir allerdings den mühsameren, aber letztendlich wohl erfolgreicherem Weg gegangen, die überwiegende Mehrheit der Lehrerschaft dafür zu gewinnen.

Vor sechs Jahren war im Rahmen einer Schulentwicklungssitzung das erste Mal die Rede davon, dass „sechs Stunden Unterricht ohne Mittagspause eine Menschenrechtsverletzung an den Kindern“ darstelle. Einige engagierte Kolleginnen und Kollegen haben sich damals im Ausland und auch in Öster-

reich umgeschaut und Erfahrungen aus Ganztagsschulen zusammengetragen. Letztlich wurde – auch angesichts eines vermuteten großen Widerstandes bei den Lehrern – beschlossen, dass wir uns intensiv um die Verbesserung der bestehenden Nachmittagsbetreuung kümmern sollten. Dies taten wir dann auch konsequent mit einem sehr überraschenden Effekt: Immer mehr Lehrer wollten in der Nachmittagsbetreuung unterrichten. Gleichzeitig wurde politisch die Ganztagsbetreuung durch Ministerin Schmied ins Zentrum der Aufmerksamkeit gerückt. 2008 schien die Zeit reif, die Idee einer Ganztagsklasse zu verfolgen. Fast zwei Jahre hat ein Entwicklungsteam meiner Schule an diesem Thema gearbeitet. Das Ergebnis ist das Produkt einer intensiven Auseinandersetzung mit den Bedürfnissen der Kinder und deren Eltern aber auch den Möglichkeiten und Grenzen der Schule.

Kurze Modellbeschreibung: Die Ganztagsklasse umfasst die erste und zweite Klasse. Der Vormittag besteht aus vier Stunden, in denen Pflichtunterricht, Förderstun-

den aber bei Bedarf auch Entspannung oder ein gemeinsames Frühstück stattfinden können. Es folgt eine einstündige Mittagspause mit gemeinsamen Mittagessen und anschließender Freizeit. Am Nachmittag findet zwar auch Unterricht statt, der Schwerpunkt liegt aber eher beim Lernen, bei den Hausübungen und bei der sinnvollen Freizeitgestaltung mit einem breiten Kurs-Angebot, einem vielfältigen Sportangebot und gemeinsamen Aktivitäten außerhalb der Schule. In der Regel heißt es um 17 Uhr: Schulschluss.

Wir sind überzeugt, dass die Ganztagsklasse einen offenen und kreativen Lernzugang in vielen Fächern unterstützt. Die Chance, dass alle Potentiale eines Kindes gefordert und gefördert werden, steigt in so einer Klasse. An unserer Schule wird grundsätzlich hoher Wert auf Förderung des Miteinanders und der Verantwortung füreinander gelegt. Dies gelingt in der Ganztagsklasse besonders gut, weil die vielfältigen gemeinsamen Aktivitäten die soziale Kompetenz stärken.

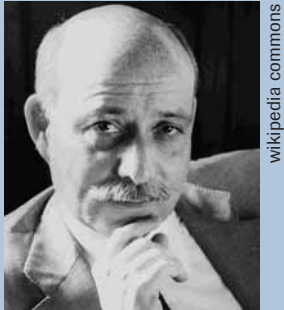
Die Ganztagsklasse ist nicht nur eine optimale Antwort auf die Betreuungsfrage sondern wir erhoffen uns auch in dieser Klasse einen verbesserten Umgang mit Lernproblemen, mit der Unterforderung, mit Problemen in der Gemeinschaft (Vereinzelung, Vereinsamung), mit Konzentrationsproblemen, mit Stress, mit Bewegungsmangel, mit übermäßigem, riskantem Medienkonsum (TV, Computer, Internet, Handy etc.) und auch mit gesundheitlichen Risiken und Problemen. ♦

Eva Mersits, Lehramtstudium Mathematik und Physik, promoviert in experimenteller Kernphysik, ist seit 1980 im Schuldienst und seit 2001 Direktorin am Hernalser Gymnasium. Sie ist Netzwerkkoordinatorin der Leadershipacademie (bmukk) und Wien-Koordinatorin der „Netzwerke im Dialog“-Reihe von Bildungsministerin Claudia Schmied.

TERMINKALENDER

Dienstag, 9. Februar

Vortrag und Buchpräsentation von Jeremy Rifkin



wikipedia commons

Der US-amerikanische Soziologe, Ökonom und Publizist Jeremy Rifkin

Das Bruno Kreisky-Forum lädt am Dienstag zu einem Vortrag mit anschließender Buchpräsentation von Jeremy Rifkin (in englischer Sprache). Rifkin ist ein US-amerikanischer Soziologe, Ökonom, Publizist sowie Gründer und Präsident der Foundation on Economic Trends.

In seinem neuen Werk „The Empathic Civilization – The Race to Global Consciousness in a World in Crisis“ (übersetzt: „Die empathische Zivilisation: Wege zu einem globalen Bewusstsein“) schreibt Rifkin die Geschichte der Zivilisation neu und entwirft die Vision einer zukünftigen Ära. Der Schlüssel für unser Zusammenleben in Wirtschaft, Politik und Gesellschaft ist Empathie: die Gabe, sich in andere Menschen hineinzusetzen und bei allem, was wir tun, die Konsequenzen für andere zu bedenken.

Information & Anmeldung:

einladung.kreiskyforum@kreisky.org

Tel.: 01 318 82 60 20

Beginn: 19.00 Uhr

**Bruno Kreisky Forum
für internationalen Dialog**

Armbrustergasse 15
1190 Wien

Freitag, 12. Februar

Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934

Die Wiener SPÖ-Bildung, der Bund Sozialdemokratischer Freiheitskämpfer und die SPÖ-Alsergrund laden ein zum Gedenken an die Opfer des 12. Februar 1934. Das Polizeigebäude auf der heutigen Rossauer Lände wurde in den Jahren 1902 bis 1904 errichtet. Aufgrund der damaligen Adresse „Elisabethpromenade“ bürgerte sich bei der Wiener Bevölkerung, vor allem für das Polizeigefangenenhaus, sehr bald der Name „Liesl“ ein.



DÖW

**Februar 1934:
Bürgerkrieg
in Österreich**

Nach der Ausschaltung des österreichischen Nationalrates im März 1933 befanden sich die Sozialdemokraten im Abwehrkampf gegen das austrofaschistische Regime. Am frühen Morgen des 12. Februars 1934 beschloss der Parteivorstand die Ausrufung des Generalstreiks und die Mobilisierung des Schutzbundes. Die darauf folgenden Ereignisse sind noch heute schmerzlicher Bestandteil der österreichischen Geschichte. Die Gedenkrede hält Bürgermeister Michael Häupl. Die Gruppe „Morgenrot“ begleitet die Veranstaltung musikalisch.

Beginn: 18.00 Uhr

Rossauer Lände – Ecke Berggasse
1090 Wien

Montag, 15. Februar



Bilderbox

Der EuGH als Motor der europäischen Integration?

Über die Rolle und Aufgaben des Europäischen Gerichtshofs im Bereich der europäischen Integration wird im Rahmen einer Veranstaltung des Europa Club Wien diskutiert. Maria Berger, Richterin am Europäischen Gerichtshof, hält zu dieser Thematik einen spannenden Vortrag. Begrüßt werden die Zuhörer von Georg Pfeifer (Europäisches Parlament – Informationsbüro für Österreich). Durch den Abend führt Valentin Wedel (Kammer für Arbeiter und Angestellte Wien).

Information & Anmeldung:

Europa Club Wien

Fax.: 01 – 533 49 40

Beginn: 18.00 Uhr

Haus der Europäischen Union

Wipplingerstrasse 35

1010 Wien

IMPRESSUM

Medieninhaber und Herausgeber: SPÖ, 1014 Wien, Löwelstraße 18, Chefredakteur: Alexander Lutz, Chefin v. Dienst: Mag^a Ute Pichler, Redaktion: Markus Bacher, Mag^a Alexandra Bärthl, Mag^a Regine Bohrn, Mag. Gerald Demmel, Mag^a Birgit Jung, Martin Oppenauer, Mag^a Andrea Schmidt, Andreas Strobl, Susanne Vockenhuber, Bildredaktion: Emil Goldberg, Layout: Thomas Lehmann, Coverfoto: picturedesk, Bildbearbeitung: Max Stohanzl, Sekretariat: Michaela Pavelka, Tel: 01/534 27/275, Verlag: edition rot Buch & Zeitschriften Handels & Verlags GmbH, 1050 Wien, Rechte Wienzeile 97 Hersteller: LeykamDruck, Wr. Neustadt, E-Mail: spoe.aktuell@spoe.at, Homepage: www.spoe.at

OFFENLEGUNG



Medieninhaber: Sozialdemokratische Partei Österreichs, Bundesparteileitung, 1014 Wien, Löwelstraße 18.

Gewählte Mitglieder des Bundesparteivorstands:

Sonja ABLINGER, Josef ACKERL, Dr. Hannes BAUER, Gabriele BINDER-MAIER, Karl BLECHA, Mag^a Renate BRAUNER, Maga Gabriele BURGSTALLER, Dr. Josef CAP, Renate CSÖRGITS, Mag. Norbert DARABOS, Dr. Christiana DOLEZAL, Verena DUNST, Rupert DWORAK, Kurt EDER, Werner FAYMANN, Dr. Kurt FLECKER, Anton GAAL, Ing. Kurt GARTLEHNER, Barbara GROSS, Hannes

GSCHWENTNER, Wilhelm HABERZETTL, Hermann HANEDER, Johann HATZL, Dr. Michael HÄUPL, Dr. Hilde HAWLICEK, Anton HEINZL, Birgit HIERHACKER, Dr. Elisabeth HLAVAC, Rudolf HUNDSTORFER, Dr. Johann KALLIAUER, Wolfgang KATZIAN, Mag^a Gertraud KNOLL, Mag. Günther KRÄUTER, Mag^a Andrea KUNTZL, Mag. Dr. Josef LEITNER, Dr. Michael LUDWIG, Juliane LUGSTEINER, Maria MALTSCHNIG, Dr. Maria-Luise MATHIASCHITZ, Dr. Christoph MATZNETTER, Elmar MAYER, Jürgen MICHLMAYR, Wolfgang MOITZI, Hans NIESSL, Christian OXONITSCH, Rudolf PARNIGONI, Ernst PECHLANER, Otto PENDL, Olga PIRCHER, Mag^a Barbara PRAMMER, Mag^a Karin RENNER,

Dr. Wolfgang RIEDLER, Ingrid RIEZLER, Michael RITSCH, Ing. Reinhart ROHR, Bernd ROSENBERGER, Maga Laura RUDAS, Dr. Heinz SCHADEN, Rosemarie SCHÖNPASS, Herwig SEISER, Heidrun SILHAVY, Bettina STADLBAUER, Dr. Dwora STEIN, Dr. Silvia STÖGER, Dr. Hannes SWOBODA, Dr. Bettina VOLLATH, Mag. FranzVOVES, Mag^a Sonja WEHSELY, Dr. PeterWITTMANN, Mag^a Gisela WURM

Grundlegende Richtung: Die „Sozialdemokratische Korrespondenz (SK)“ ist der Pressedienst der SPÖ. Grundlage für die Berichterstattung ist das Parteiprogramm 1998 der SPÖ.

BESTELLEN SIE JETZT IHR JAHRESABO



nur
21€

Aktuelle Informationen Hintergrundberichte Analysen

Bestellen Sie Ihr Abo per Telefon unter 0810-810-211
über Internet: www.spoe.at oder
schreiben Sie uns: SPÖ Aktuell, Löwelstr. 18, 1014 Wien